

Inhalt

- Vorgänger der SPD
 - ADAV
 - SDAP
 - SAP
- Geschichte der SPD
 - Kaiserreich
 - Weimarer Republik
 - Nationalsozialismus
 - Geteiltes Deutschland
 - Wiedervereinigtes Deutschland
- Parteiprogramme
 - Eisenach, 1869
 - Gotha, 1875
 - Görlitz, 1921
 - Heidelberg, 1925
 - Godesberg, 1959
 - Berlin, 1989
 - Hamburg, 2007

Geschichte der SPD – Vorgänger

ADAV

- Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, gegründet 1863
- Parteizeitung war der „(neue) Sozialdemokrat“
- Wollte die Existenzbedingungen der Arbeiter verbessern
- Am Aufbau durch Arbeiter geführter Betriebe in selbstständiger Organisation interessiert
- Obwohl programmatisch an das „Manifest“ von Marx angelehnt, sollte kein politischer Umsturz erzielt werden
- Durch die zahlenmäßige Überlegenheit der Arbeiter sollte in freien Wahlen die Mehrheit der Mandate erlangt werden und somit die Belange der Arbeiter durchgesetzt werden
- Präsident Ferdinand Lassalle sah Gewerkschaften und Streiks als ungeeignet an um politische Ziele durchzusetzen
- Unter Lassalle pro preußische Haltung, was durch Marx und Engels kritisiert wurde
- Unter dessen Nachfolger Schweizer entstanden ab 1868 unter der parteieigenen Dachorganisation „Allgemeiner Deutscher Arbeiterschäftsverband“ eigene Gewerkschaften

SDAP

- Sozialdemokratische Arbeiterpartei, auf dem „Ersten allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongress“ 1869 in Eisenach gegründet
- Vorsitzende August Bebel und Wilhelm Liebknecht
- Parteizeitung der „Volksstaat“
- Ging aus dem VDAV, dem bürgerlich – liberalen Vereinstag Deutscher Arbeitervereine hervor, der jedoch immer mehr Arbeiter als Mitglieder hatte
- In Eisenach wurde das gleichnamige von Bebel und Liebknecht verfasste Programm beschlossen, was die letzten bürgerlich eingestellten Mitglieder des VDAV dazu bewog die SDAP zu verlassen
- Aufgrund Unzufriedenheit traten einige ehemalige ADAV Mitglieder bei
- Anti – preußisch
- Streiks und Gewerkschaften zur Umsetzung politischer Ziele
- Früher Beitritt zur „Internationalen Arbeiterassoziation“ (IAA), u.a. um eine „nationalistische Expansionspolitik“ zu verhindern, reger Kontakt und Austausch zur/mit IAA Leitung um Marx und Engels
- Verlor aufgrund staatlicher Repressionen bis 1872 40% ihrer Mitglieder (von 10.000 auf 5.814)
- Aufgrund rasant steigender Arbeiterzahlen Anstieg bis 1875 auf 9.121 Mitglieder
- 1875 Vereinigung mit dem ADAV zur SAP; Sozialistische Arbeiterpartei

SAP

- Sozialistische Arbeiterpartei, gegründet 1875
- 25.000 Mitglieder bei Gründung, 1876 bereits 38.254 Mitglieder
- organisatorisch großes Gewicht auf relativ selbstständige lokale Untereinheiten
- Parteizeitung der „Vorwärts“
- 9 Abgeordnete im Parlament → „Fundamentalopposition“
 - o demokratische Zielvorstellungen, wie das Frauenwahlrecht
 - o gewerkschaftliche Forderungen: 10 Stunden Arbeitstag, 8 Stunden für Frauen und unter 18-jährige, Verbot von Kinder- und Sonntagsarbeit, Arbeitsschutz...
- revolutionäre Ziele, wie die Überführung von Produktionsmitteln in „gesellschaftliches Eigentum“ sollte eher außerparlamentarisch erreicht werden
- feste Bindung an die Gewerkschaften um durch organisierte Streiks Kämpfe austragen zu können
- erste einheitlich organisierte Arbeiterpartei → Vorbildfunktion für Europa
- bei den Reichstagswahlen 1877 erhielt die SAP aufgrund des Mehrheitswahlrechts trotz 9,1% der Stimmen nur 12 Sitze
- starke staatliche Repressionen, Verfolgung der Mitglieder, März 1876 Verbot in Preußen
- politische Arbeit unter dem Deckmantel von „Volksvereinen“ oder „Volksversammlungen“
- Unterdrückung erreicht mit den sog. „Sozialistengesetzen“ Bismarcks 1878 ihren Höhepunkt
- 1880 Exilparteitag in Weyden (Schweiz), Satz des Gothaer Programms wird geändert – die Partei wolle nunmehr „mit allen Mitteln“ arbeiten, statt zuvor „mit allen gesetzlichen Mitteln“
- je länger die Unterdrückung dauerte um so aufgeschlossener wurden die Mitglieder gegenüber dem revolutionären marxistischen Gedankengut
- bei der Reichstagswahl 1890 mit fast 20% der Stimmen wählerstärkste Partei – obwohl nicht einmal 10% der Sitze wurde das „Sozialistengesetz“ nicht verlängert
- Oktober 1890 offizieller Parteitag in Halle – Festlegung neuen Kurses und Umbenennung in SPD

Geschichte der SPD

SPD

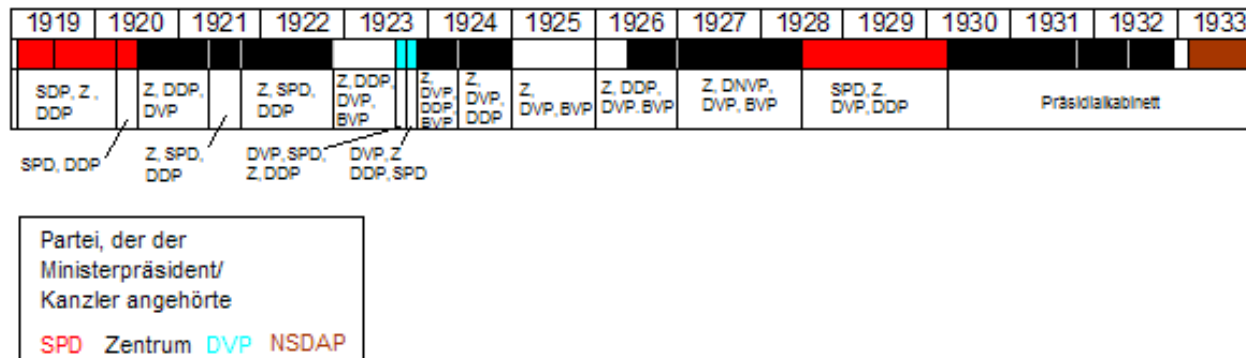
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kaiserreich

- Ausgleich der Interessen von Mitgliedern und Organisationen
 - o Marxistisch geprägtes Erfurter Programm// sozialreformerische Forderungen der Gewerkschaften
- 1912 erstmals stärkste Reichstagsfraktion
- weite Verbreitung in der Bevölkerung über Vereine und andere Organisationen; gemeinsames sozialdemokratisches Bewusstsein
- Zusammenarbeit mit bürgerlichen Mitte-Links-Parteien
- 1914 Zustimmung zu „Kriegskrediten zur Landesverteidigung“ sowie zur „Burgfriedenspolitik“
- Liebknecht und weitere 17 Abgeordnete sprachen sich öffentlich gegen eine weitere Verlängerung der Kredite bzw. gegen die Burgfriedenspolitik aus und wurden 1916 aus der SPD Fraktion ausgeschlossen. Sie gründeten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“
- 1917 spaltete sich die SPD in die USPD (unabhängige SPD) und die MSPD (Mehrheits SPD)
 - o die USPD stellte sich strikt gegen die Fortführung des Weltkrieges
 - o die MSPD unter Friedrich Ebert bewilligte zwar weiter die Kriegskredite, drängte jedoch auf ein Ende des Krieges und innere Reformen
- 1917 schloss sich die „Gruppe Internationale“, die im Januar 1916 um Luxemburg und Liebknecht gegründet hatte der USPD an und ging 1918 in der KPD auf
- 1917 bildeten MSPD, FVP und Zentrum den „Interfraktionellen Ausschuß“, der im Juli desselben Jahres eine Friedensresolution erließ, mit der Forderung auf Annexionen zu verzichten
- nach dem Krieg unterstützte die MSPD die von Kanzler von Baden eingeleitete Parlamentarisierung und stellte erstmals im Kaiserreich mit Scheidemann und Bauer zwei sozialdemokratische Staatssekretäre

Weimarer Republik

- SPD und USPD prägten die politischen Anfänge der Weimarer Republik stark
- 9.11.1918 Philipp Scheidemann ruft die Deutsche Republik aus, SPD und USPD gründen den „Rat der Volksbeauftragten“
- Rat der Volksbeauftragten
 - o Provisorische Reichsregierung
 - o Durchsetzung von Reformen
 - o Forcierte Verfassungsgebende Nationalversammlung → fand im Januar 1919 statt
- Aufgaben nach dem Weltkrieg waren v.a. Abrüstung und Umstellung auf Friedensproduktion
- 1919 – 1920 SPD, Zentrum und DDP stellen unter Scheidemann die erste Koalition der Weimarer Republik
 - o die Arbeit in der Koalition gestaltete sich für die SPD schwierig, die USPD warf ihr aufgrund von Kompromissen mit den Koalitionspartnern vor „verbürgerlicht“ zu sein, für die Koalitionspartner war ihr Kurs nicht national genug



- 1922 erfolgte die Wiedervereinigung mit der USPD und es kam zu Konflikten des linken Flügels und des „bürgerlichen“ Lagers
- mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes beruhigten sich auch die innerparteilichen Konflikte
- während der großen Koalition mit dem Zentrum und den bürgerlichen Parteien stellte die SPD ab 1928 mit Hermann Müller erstmals wieder den Kanzler. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 endete dieses Kabinett jedoch bereits 1930
- um die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu verhindern, tolerierte die SPD das Präsidialkabinett unter Heinrich Brüning (Zentrum)
- in Preußen war der Sozialdemokrat Otto Braun zwischen 1920 und 1932 Ministerpräsident und es gelang ihm Preußen gegen rechts- und linksextreme Angriffe zu stärken

Nationalsozialismus

- nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler wurde die SPD wie auch die KPD verfolgt
- Parteiführer mussten fliehen und ins Exil gehen, um der Verhaftung zu entgehen
- Bei der Reichstagswahl vom 5.3.1933 trotzdem noch 18,3% der Stimmen
- SPD wandte sich als einzige Partei offen gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers
- Am 23.3.1933 wurde die SPD verboten und ihre Organisationen zerschlagen
- Parteileitung unterstützte so gut es ging aus dem Exil den Widerstand im Reich, der jedoch nach 1936 aufgrund von Verfolgung kaum noch möglich war

Bearbeiteter Auszug aus einer Rede des Reichstagsabgeordneten Otto Wels vom 23.3.1933¹

„Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. [...]

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

¹ <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/wels/index.html>

Geteiltes Deutschland

1945-49

- 15.6.1945 Neugründung der SPD in Berlin
- bereits im April 1945 hatte der Wiederaufbau der Partei in Hannover durch das „Büro Dr. Schumacher“ begonnen, welches sich unter Kurt Schumacher zum Leitungsgremium in Westdeutschland entwickelte
- Schumacher war der Überzeugung, dass nur eine sozialistisch geprägte Demokratie in Deutschland Erfolg haben könne
- In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde der Zentralausschuss der SPD unter Otto Grotewohl gegründet
- Politische Ziele waren die Abschaffung der Klassengesellschaft und die Demokratisierung im Sinne einer „Volksherrschaft“ über Wirtschaft und Politik, die u.a. durch die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien geschaffen werden sollte
- In der SBZ fand im April 1946 auf Drängen der KPD und der Sowjetischen Militäradministration die Zwangsvereinigung von KPD und SPD, gegen deren Willen, statt. Es entstand die SED, die sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Im Wahlkampf vor den ersten Wahlen zum deutschen Bundestag trat die SPD gegen die freie Marktwirtschaft und für eine staatliche Planung in den wichtigen Industriezweigen ein und erhielt mit 29,9% 1,1% weniger Stimmen als die CDU/CSU

1949-1959

- Bei der Bundestagswahl 1953 verlor die SPD gegenüber CDU/CSU stark an Stimmen. Während die SPD 28,8% der Stimmen erhielt, waren es bei CDU/CSU 45,2%.
 - o Gründe hierfür waren u.a. die erfolgreiche Einführung der sozialen Marktwirtschaft sowie die forcierte Westintegration
- Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1957 war die SPD gegen eine eventuelle Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eingetreten und hatte eine aktivere Wiedervereinigungspolitik gefordert. Bei der Wahl erhielt die SPD 31,8% der Wählerstimmen, CDU/CSU 50,2%
- November 1959 Godesberger Programm
 - o Abkehr vom Kommunismus; Wandel zur Volkspartei
 - o „Farbwechsel“ von rot nach blau

1960-1982

- Bundestagswahl 1961
 - o Personen und nicht Programme stehen im Vordergrund
 - o Adenauer/Erhard \leftrightarrow Brandt
 - o Vom Bau der Berliner Mauer überschattet
 - o Adenauer versuchte durch persönliche Angriffe auf Brandt Stimmen zu gewinnen, geriet aber für sein Verhalten in umfassende Kritik
 - o SPD gewann 4,5% dazu, CDU/CSU verlor 4%
 - o Adenauer verpflichtete sich nach zwei Jahren Regierungszeit zurückzutreten
- 1964 Wahl Willy Brandts zum Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten auf einem Sonderparteitag

- Bundestagswahl 1965
 - o SPD 39,5%, CDU/CSU 47,6% → schwarz-gelbe Koalition unter Erhard
- 1966 Scheitern der schwarz-gelben Koalition, Gründung einer großen Koalition. Kiesinger wird Kanzler, Brandt Vizekanzler und Außenminister
- Bundestagswahl 1969
 - o SPD 42,7%, CDU/CSU 46,1%, FDP 5,8% → rot-gelbe Koalition mit Brandt als Kanzler und Scheel als Vizekanzler und Außenminister
- 1972
 - o April – Rainer Barzel verliert knapp Misstrauensvotum gegen Willy Brandt
 - o September – Brandt stellt Vertrauensfrage um vorgezogene Neuwahlen zu erreichen
 - o November – Neuwahlen
 - SPD 45,8%, CDU/CSU 44,9%, FDP 8,4%
 - o Dezember – Willy Brandt wird erneut zum Kanzler gewählt, Scheel bleibt Vizekanzler und Außenminister
- 6.5.1974 Willy Brandt tritt nach Guillaume-Affäre zurück, sein Nachfolger wird Helmut Schmidt der vormalige Finanzminister. Genscher wird Nachfolger Scheels, welcher am 15.5. zum Bundespräsidenten gewählt worden war
- Bundestagswahl 1976
 - o SPD + FDP 50,5%, CDU/CSU 48,6%
 - o Schmidt und Genscher bleiben in ihren Ämtern
- 1976 Willy Brandt wird Vorsitzender der Sozialistischen Internationale
- Bundestagswahl 1980
 - o SPD und FDP behalten die absolute Mehrheit, Schmidt und Genscher werden bestätigt
- 1982
 - o Februar - Vertrauensfrage durch SPD und FDP und Bestätigung
 - o September – Eklat zwischen SPD und FDP; Schmidt löst die Koalition auf, SPD bildet Minderheitenregierung
 - o Oktober – FDP und neuer Koalitionspartner CDU/CSU stellten konstruktives Misstrauensvotum gegen Schmidt – Helmut Kohl wird neuer Kanzler
 - o Dezember – Kohl stellt Vertrauensfrage um Neuwahlen zu erzielen und verliert nach Absprachen

1983 – 1989

- 6.3.1983 Neuwahlen
 - o CDU/CSU + FDP 55,7%, SPD 38,7%
- Bundestagswahlen 1987
 - o Schwarz- gelbe Koalition 53,4%, SPD unter Johannes Rau 37%

Wiedervereinigtes Deutschland

1990 – 1998

- In der DDR hatte sich bereits 1989 die Sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet, welche sich 1990 in SPD umbenannte
- Die SED-PDS wurde unter einigen Veränderungen nur noch zur PDS
- Bei Landtagswahlen im Saarland im Januar 1990 erhielt Oskar Lafontaine die absolute Mehrheit und wurde von der SPD zum Kanzlerkandidaten für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl gewählt
- Dezember 1990 Bundestagswahl
 - o CDU/CSU + FDP 54,8%, SPD 33,5%
- Bundestagswahl 1994
 - o CDU/CSU + FDP 48,4%, SPD unter Rudolf Scharping 36,4%

1998- 2005

- März 1998 klarer Gewinn der Landtagswahl in Niedersachsen durch Gerhard Schröder; Wahl zum Kanzlerkandidaten
- Bundestagswahl 1998
 - o Wahlkampf dreht sich v.a. um „Reformstau“ unter der Regierung Kohl
 - o SPD + Grüne 47,6%; absolute Mehrheit
 - o Fischer wurde Vizekanzler und Außenminister, SPD-Vorsitzender Lafontaine Finanzminister
- Nach dem Rücktritt Lafontaines 1999 wurde Schröder dessen Nachfolger als Parteivorsitzender
- Bundestagswahl 2002
 - o Schröder \leftrightarrow Stoiber
 - o SPD 35,8%, CDU/CSU 35,8%, Grüne 8,6%, FDP 7,4% \rightarrow weiterhin rot-grüne Koalition, Schröder und Fischer bleiben in ihren Ämtern
- 2004 gibt Schröder den Parteivorsitz an Müntefering ab

seit 2005

- Juli 2005 Schröder stellt die Vertrauensfrage und verliert absichtlich, Köhler löst den Bundestag auf
- Neuwahlen
 - o CDU/CSU 35,2%, SPD 34,2 % \rightarrow Große Koalition unter Angela Merkel, Müntefering wird Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales
- Oktober 2005 Müntefering tritt als Parteivorsitzender zurück; Platzeck wird im November mit 99,4% zu seinem Nachfolger gewählt
- April 2006 Rücktritt Platzecks aus gesundheitlichen Gründen, sein Nachfolger wird Kurt Beck
- September 2007 Rücktritt Becks, Steinmeier übernimmt das Amt kommissarisch
- September 2008 Müntefering wird erneut zum Parteivorsitzenden gewählt
- Bundestagswahl 2009
 - o Steinmeier \leftrightarrow Merkel
 - o Kaum inhaltlicher Wahlkampf von Seiten der CDU, Deutschlandplan Steinmeiers
 - o CDU/CSU 33,8%, SPD 23%, FDP 14,6% \rightarrow schwarz-gelbe Koalition unter Merkel, Westerwelle wird Vizekanzler und Außenminister
- November 2009 Gabriel wird in Dresden zum Vorsitzenden gewählt

Parteiprogramme

Eisenacher Programm, 1869

- Programm der SAP
- Zeigt die frühe Vision des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats
- Zentrale Forderungen
 - o Abschaffung der „Klassenherrschaft“ → gleiche „Rechte und Pflichten“
 - o Politische Freiheiten, Demokratischer Staat → ökonomischer Wohlstand für die Arbeiterschaft
 - o „Befreiung der Arbeit“ – Errichtung genossenschaftlicher Beschäftigung als „soziale Aufgabe“
 - o ruft zum „Kampf“ auf – Engagement des Einzelnen für die Gesellschaft
 - o „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht“ für Männer ab 20 Jahren
 - o „direkte Gesetzgebung durch das Volk“
 - o Privilegierung aufgrund von Herkunft, Reichtum oder Religion sollten abgeschafft werden
 - o Schulpflicht bei kostenlosem Unterricht in öffentlichen Schulen

Gothaer Programm, 1875

- Programm der SAP
- Forderung nach der Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft am Arbeitsertrag
- Vom Gedanken des Sozialismus geprägt
- Zielvorstellungen
 - o Abhängigkeit der „Arbeiterklasse“ von der „Kapitalistenklasse“ als Ursache sozialen Leids durchbrechen
 - o Arbeitsmittel in Gemeingut umwandeln
 - o „Befreiung der Arbeit“ durch die Arbeiterklasse
 - o freier sozialistischer Staat, in dem alle „sozialen und politischen Ungleichheiten“ beseitigt sein sollten
 - o „Verbrüderung aller Menschen“
 - o Errichtung von der demokratischen Kontrolle unterstellten Produktivgenossenschaften, deren Ausweitung im landwirtschaftlichen Bereich zu „Gesamtarbeit“ führen sollte
 - o Wahlen an Sonn- oder Feiertagen
 - o Plebiszite über mögliche Kriegseintritte
 - o Abschaffung von Ausnahmegesetzen
 - o Gewährleistung von Meinungsfreiheit → „freies Forschen und Denken“
 - o Ausdehnung politischer Rechte
 - o Staatliche Schulaufsicht, Trennung von kirchlichen Zielen
 - o Allgemeine Schulpflicht, kostenloser Unterricht
 - o Verbot von Sonntagsarbeit und von „Gesundheit und Sittlichkeit schädigender Frauenarbeit“
 - o Ausweitung des Arbeiterschutzes

Erfurter Programm, 1891

- Erstes Programm der SPD
- Führte Bestrebungen der vorangegangenen Programme fort
- „Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ als die Gesellschaft spaltendes Merkmal von Industrieländern
- krisenanfällige „kapitalistische Produktionsweise“
- Privateigentum der Produktionsmittel habe wirtschaftliche Entwicklung gehemmt
- Ziele
 - Sozialistische Warenproduktion sollte durch Arbeiter geschaffen werden (Vergesellschaftung der Betriebe) → Arbeit sollte „zu einer Quelle höchster Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung“ werden
 - Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung durch „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ auf politischer Ebene → Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mittels politischer Macht; Organisation des Kampfes durch die SPD
 - Solidarität mit den „klassenbewussten Arbeitern aller übrigen Länder“
 - Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen an sich → „gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung“
 - Bekämpfung jeglicher Unterdrückung, egal ob gegenüber „eine[r] Klasse, eine[r] Partei, ein[es] Geschlechts oder eine[r] Rasse“
 - Einführung des Frauenwahlrechts und des Proportionalwahlsystems
 - Aufhebung der Beschränkung politischer Rechte
 - Wahl der Regierung durch das Volk; Regierung soll diesem gegenüber verantwortlich und haftbar sein
 - Jährliche Steuerbewilligung und Wahl der Richter durch das Volk
 - Einführung einer Berufung in Strafsachen, Entschädigung für unschuldig Verhaftete, Angeklagte und Verurteilte, Abschaffung der Todesstrafe
 - Einführung einer Volkswehr anstelle eines stehenden Heeres
 - Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Weg
 - Gesetzliche Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau
 - Unentgeltlichen Unterricht, Lehrmittelfreiheit, kostenlose Verpflegung aller Schüler
 - Unterricht nach Leistungsfähigkeit
 - Unentgeltliche ärztliche Hilfsleistungen und Heilmittel
 - Unentgeltliche Bestattung
 - Ausdehnung des Arbeiterschutzes, Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich
 - Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer
 - Streichung sämtlicher öffentlicher Mittel für Kirchen

Görlitzer Programm, 1921

- Kampf der Proletarier gegen die Bourgeoisie als „geschichtliche Notwendigkeit und (...) sittliche Forderung“
- „Gewinnstreben [der] (...) Bourgeoisie“ habe dazu geführt, dass viele Berufsgruppen zu „proletarischen Lebensbedingungen“ abgestiegen seien
- Erweiterung der „Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut“ durch den Weltkrieg und die Friedensverträge
- Vertreter der Wirtschaft versuchten durch „Korrumpierung des öffentlichen Lebens“ unterstützt durch eine abhängige Presse den Staat unter ihren Einfluss zu bringen
- Dagegen solle sich eine „Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus“ formieren → Demokratie als Voraussetzung für sozialen Aufstieg
- SPD würde für die „errungene Freiheit das Letzte [einsetzen]“
- „erstarkende Arbeiterbewegung“ als Gegner des Kapitalismus → Überwindung im internationalen Verbund mit Proletariern anderer Länder
- demokratische Republik als einzige richtige Staatsform
- Absichten
 - o Volkswille sollte über alles herrschen
 - o Übergang der Wirtschaftsbetriebe in Gemeinwirtschaft → Steigerung der Produktionserträge, Erreichen „höhere[r] Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft“
 - o Grund und Boden, Bodenschätze und Energiequellen sollten in den „Dienst der Volksgemeinschaft“ treten und optimal ausgenutzt werden
 - o Ausbau staatlicher Unternehmen und gemeinnütziger Genossenschaften
 - o Staatliche Aufsicht auf Interessengemeinschaften, Trusts und Kartelle
 - o Schaffung eines wirtschaftlichen Rätessystems
 - o Einheitliches Arbeitsrecht, Ausdehnung des Arbeiterschutzes, Verbot der Arbeit von schulpflichtigen Kindern
 - o Erwerbsarbeit für Frauen ermöglichen
 - o Urlaub mit Lohnfortzahlung
 - o Sicherung des Koalitionsrechts sowie der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten
 - o Ausbau der Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge
 - o Unterstützung kinderreicher Familien
 - o Einführung einer Erwerbssteuer
 - o Selbstverwaltung von Gemeindeverbänden, Demokratisierung staatlicher Einrichtungen
 - o Selbstverwaltung der Schulen, Schulaufsicht durch Elternräte, gemischte Klassen, Unterricht durch beide Geschlechter
 - o Erziehung zu einer „sozialen Volks- und Menschengemeinschaft“ → Eintreten für Republik, soziale Pflichterfüllung und Weltfrieden
 - o Erweiterung der Völkerbeziehungen
 - o Entwicklung des Völkerbundes zu einer Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft
 - o Errichtung eines internationalen Gericht für internationale Streitigkeiten
 - o Milderung des Versailler Vertrags

Heidelberger Programm, 1925

- Anstieg der industriellen Bevölkerung gegenüber der landwirtschaftlichen, Großgrundbesitzer und Großkapitalisten hätten wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft übernommen
- Herausstellung der gemeinsamen Interessen mit Angestellten und Intellektuellen; diese hätten aufgrund ihrer steigenden Zahl kaum Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Aufstieg und seien durch das „Großkapital“ ebenfalls teilweise vom kulturellen Fortschritt ausgeschlossen
- Verbesserung der Lage und Verhinderung von Erniedrigung durch einen stetigen Kampf der Arbeiter
- „anarchistisches“ Handeln der Kapitalisten habe zu unsicheren Arbeitsplätzen und Existenzangst geführt
- imperialistische Bestrebungen in wirtschaftlichen Wettbewerb stellten Kriegsgefahr dar
- Schulung und Vereinigung der Arbeiter zum Widerstand gegen den Kapitalismus durch die SPD
- Kampf zwischen den Klassen läge im Interesse der Gesellschaft, da die Arbeiter versuchten sich selber zu befreien
- Durch Zusammenschluss der Internationalen Arbeiterschaft könne Kapitalismus überwunden werden und die Menschen vor Vernichtung durch Krieg geschützt werden
- Übergang von Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches → Befreiung der Gesellschaft aus der Unterwerfung durch die Wirtschaft, Beendigung der „allgemeinen Zerissenheit“ und Beginn der Selbstverwaltung in „harmonischer Solidarität“
- Reformansätze
 - o Reichsgewalt stärken durch Ausbau der Gewaltenteilung
 - o Unterstellung der Gerichte unter das Reich, Schaffung einer einheitlichen Reichskriminalpolizei
 - o Abwehr monarchischer und militärischer Bestrebungen zum Schutz der Republik
 - o Verfassungsmäßige Gleichstellung aller Bürger
 - o Dezentralisierte Reichsverwaltung, Subsidiaritätsprinzip
 - o Einheitliches Landesverwaltungsgesetz, Reichsgemeindeordnung
 - o Volksbegehren und –abstimmungen auf kommunaler Ebene
 - o Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern
 - o Strafvollzug im „Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips“
 - o 8h Arbeitstag, Beseitigung der Missstände bei der Heimarbeit, Rechtsgültigkeit von Tarifverträgen, Teilhabe Arbeitsunfähiger und Erwerbsloser an der angestrebten Volksfürsorge
 - o Schulbildung nach weltlichen Wertvorstellungen, einheitliche universitäre Ausbildung für Lehrer/innen
 - o Befreiung Leistungsschwacher von der Steuer, Abschaffung der Umsatzsteuer, Steigerung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, Wiedereinführung des Freihandels
 - o Mit der IAA Sozialismus verwirklichen, Selbstverwaltung der Völker erreichen

Godesberger Programm, 1959

- Abschluss einer 60 jährigen Debatte um Reformismus und Revisionismus
- Die Stimmen, die die Gültigkeit und Richtigkeit des bisher Geltenden in Frage gestellt hatten (wie der Flügel um Bernstein dies bereits Ende des 19. Jh getan hatte) bekamen Recht
- Abkehr von der „revolutionär-marxistischen Theorie“, die auf vorherigen Parteitag noch bekräftigt worden war
- Bekräftigung des „Bekenntnis der SPD zu Freiheit und Demokratie“
- Wandel zur Volkspartei mit Mitgliedern verschiedener Konfessionen und Ansichten → weite Teile der Bevölkerung wurden erreicht
- Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“ → Schutz von „Demokratie, sozialer Sicherheit und freier Persönlichkeit“
- Akzeptanz einer „gemischten Eigentumsordnung“; „privates, staatliches, genossenschaftliches und kommunales Eigentum nebeneinander“
- „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig“ (keynesianische Wirtschaftspolitik)

Berliner Programm, 1989

- 1998 in Leipzig geändert
- bestätigte Godesberger Programm, nahm gleichzeitig „ökologische, wirtschaftliche und politische Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre auf“
- Berücksichtigung der Emanzipation der Frau
- Ziele des demokratischen Sozialismus und sozialer Gerechtigkeit
- Grundkonsens der verschiedenen Flügel
- In der Bewertung umstritten

Hamburger Programm, 2007

- „moderne, zukunftsfähige politische Konzepte“ für die „Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“
- „aktive politische Gestaltung der Globalisierung“ bei einer gleichzeitigen Stärkung Europas
- International „Demokratie vor den Interessen der Wirtschaft“ durchsetzen
- „Friedenskraft“ für eine „gerechte Weltordnung“
- u.a. durch Nachhaltigkeit die „Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ verwirklichen
- Kernaussagen
 - Wirtschaftliche „Mitbestimmung, Tarifautonomie, Streikrecht, der Flächentarifvertrag und starke Gewerkschaften“ → „So viel Markt wie möglich, so viel Regulierung wie nötig“
 - „gerechte Besteuerung“ großer Vermögen und Erbschaften, Lohnsteigerungen „mindestens“ an „Produktion und Inflation“ orientieren
 - Überführung der Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“
 - Ziel der Vollbeschäftigung, Mindestlöhne
 - Ablehnung einer Einheitsrente, Ausdehnung der Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen, Rentenhöhe nach Einkommen und Erwerbsdauer
 - Unterricht bis zur zehnten Klasse für alle Schüler gemeinsam, kostenlose Ganztagsbetreuung
 - Rechtsanspruch der Eltern auf eine Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensjahr
 - Abschaffung der Studiengebühren
 - Mehr Kompetenzen für die UN → „oberste Instanz der internationalen Rechtsordnung“
 - Auf längere Sicht gemeinsame europäische Armee